

LANDTAG DES
FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

P



JAHRESBERICHT 2014

**DER DELEGATION
BEI DER
INTERPARLAMENTARISCHEN UNION
(IPU)**

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
A Einleitung	4
B 130. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 16. – 20. März 2014 in Genf	5
1. Eröffnungsfeier.....	5
2. Teilnahme.....	5
3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item).....	6
4. Erster Ständiger Ausschuss – First Standing Committee.....	7
5. Zweiter Ständiger Ausschuss – Second Standing Committee.....	7
6. Dritter Ständiger Ausschuss – Third Standing Committee.....	8
C Sitzung des Interparlamentarischen Rats	8
1. Mitgliedschaft bei der Interparlamentarischen Union.....	8
2. Wahl des Generalsekretärs	8
3. Die finanzielle Lage der IPU.....	9
4. 125. Geburtstag der IPU.....	9
D 131. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 12. – 16. Oktober 2014 in Genf	9
1. Eröffnungsfeier.....	9
2. Teilnahme	10
3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item).....	10
4. Hauptthema der Versammlung: Achieving gender equality, ending violence against women.....	11
5. Erster Ständiger Ausschuss – First Standing Committee.....	12
6. Zweiter Ständiger Ausschuss – Second Standing Committee.....	13
7. Dritter Ständiger Ausschuss – Third Standing Committee.....	13
8. Erste IPU Global Conference of Young Parliamentarians.....	13

E	Sitzung des Interparlamentarischen Rats	13
	1. Wahl des Präsidenten der IPU.....	13
	2. Mitgliedschaft und ständige Beobachter bei der IPU.....	14
	3. Die finanzielle Lage der IPU.....	14
	4. Budget für das Jahr 2015.....	14
F	Schlusswort	14

A Einleitung

Allgemeines zur Interparlamentarischen Union

Die IPU wurde 1889 als ein Kontaktgremium von Parlamenten aller souveränen Staaten gegründet und hat ihren Hauptsitz seit 1921 in Genf. Sie entwickelte sich von einer zunächst kleinen Vereinigung zur globalen Organisation nationaler Parlamente mit zurzeit 166 Mitgliedstaaten. Sie setzt sich insbesondere für die friedliche Verständigung in Konfliktsituationen ein, für den Schutz der Menschenrechte und für eine Stärkung der demokratischen Institutionen.

Die **Interparlamentarische Konferenz** – die Plenartagung der Organisation – tagt zweimal jährlich. Sie erörtert dabei insbesondere politische, wirtschaftliche und soziale Fragen von internationalem Interesse und erarbeitet zu diesen Themen Entschliessungen. Nach der Satzung sind die Mitglieder der Union zur Verteilung der Resolutionen im Parlament sowie an die Regierungen sowie zur Förderung ihrer Umsetzung aufgerufen. Es ist somit Aufgabe der Delegationen, die Entschliessungen der IPU den Parlamenten zu überbringen und auf deren Umsetzung hinzuarbeiten. Die einzelnen Entschliessungen entfalten allerdings für die Parlamente der in der IPU vertretenen Staaten keine bindende Wirkung.

Darüber hinaus veranstaltet die IPU Sonderkonferenzen, die sich insbesondere mit Fragen aus den Bereichen Abrüstung, Entwicklung und Umwelt auseinandersetzen.

Der **Interparlamentarische Rat** lenkt unter der Leitung seines auf drei Jahre gewählten Präsidenten die Arbeit der Union. Das **Exekutivkomitee**, das sich neben dem Präsidenten des Interparlamentarischen Rates und dem Vizepräsidenten aus fünfzehn Mitgliedern zusammensetzt, unterstützt den Rat bei seinen Aufgaben. Es nimmt eine Schlüsselstellung bei der Vorbereitung des jährlichen Arbeitsprogramms der Union und bei der Einrichtung neuer Ausschüsse ein.

Drei Ständige Ausschüsse – Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit, Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel, Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte – unterstützen die Interparlamentarische Konferenz in ihrer Arbeit. Ähnlich dem Verfahren in anderen interparlamentarischen Gremien besteht ein Berichterstattersystem mit zwei Berichterstattern/Innen pro Sachthema, welche dem jeweiligen Ausschuss nebst einem Themenbericht einen Resolutionsentwurf vorlegen. Änderungsanträge zu den jeweiligen Resolutionsentwürfen werden jedoch dann im gesamten Ausschuss beraten und verabschiedet.

Finanzierung der IPU: Sie finanziert sich ausschliesslich aus eigenen Mitteln, die durch die Beiträge der Mitgliedsländer aufgebracht werden (Beitrag Liechtenstein für das Jahr 2014 ca. CHF 13'000).

Das **Sekretariat der IPU**, mit Sitz in Genf, ist für alle administrativen Aufgaben sowie den Sitzungsdienst bei den Tagungen der verschiedenen IPU-Gremien zuständig.

Seit Herbst 2000 ist der Liechtensteinische Landtag als offizielles Mitglied in der IPU vertreten.

Die liechtensteinische Delegation bei der IPU setzte sich im Berichtsjahr wie folgt zusammen:

- Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin)
- Stv. Landtagsabgeordneter Helmuth Büchel (Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Wolfgang Marxer (stv. Delegationsmitglied)
- Landtagsabgeordneter Pio Schurti (stv. Delegationsmitglied)
- Gabriele Wachter (Delegationssekretärin)

Analog den Vorjahren fanden im Berichtsjahr nebst vielen Sitzungen der diversen Arbeits- und Expertengruppen der IPU zwei grosse Jahreskonferenzen statt. Die erste tagte vom 16. – 20. März, die zweite vom 12. – 16. Oktober, beide jeweils in Genf. An beiden Sitzungen war die Delegation inkl. Delegationssekretärin vertreten.

Kostenaufwand der Delegation per 2014

Der Gesamtkostenaufwand (Taggelder u. Reise-, Übernachtungs- sowie Verpflegungskosten) der Delegation belief sich im Berichtsjahr auf CHF 15'870.80.

B 130. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 16. – 20. März 2014 in Genf

1. Eröffnungsfeier

Die 130. Versammlung der Interparlamentarischen Union wurde am Morgen des 17. März 2014 im internationalen Kongresszentrum in Genf eröffnet. Der Präsident der IPU, Herr Abdelwahad Radi, heisst die Teilnehmer willkommen und erklärte die Versammlung für eröffnet.

2. Teilnahme

Parlamentsdelegationen aus 145 Ländern nahmen an der Versammlung teil. Von den 1'349 teilnehmenden Delegierten waren 705 Mitglieder eines nationalen Parlaments. Unter den Parlamentariern befanden sich 47 Parlamentspräsidenten, 34 Vizepräsidenten sowie 214 Frauen (30.4%). Liechtenstein war durch die Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin) und den stv. Abgeordneten Helmuth Büchel (Delegationsmitglied) sowie die Delegationssekretärin Gabriele Wachter vertreten.

3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item)

Am 17. März informierte der Präsident die Versammlung, dass die folgenden vier Vorschläge für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum vorliegen:

- *The role of parliaments and the IPU in fighting terrorism and achieving international peace and security through a peaceful political solution to the situation in Syria and respect for resolutions with international legitimacy and the principles of sovereignty and non-interference in the internal affairs of other States*, vorgeschlagen von Syrien;
- *Helping to restore peace and security and consolidate democracy in the Central African Republic: The contribution of the IPU*, vorgeschlagen von Marokko;
- *Russian Federation aggression against Ukraine*, vorgeschlagen von der Ukraine; sowie
- *The crisis in Ukraine*, vorgeschlagen von Kanada.

Der ursprüngliche Vorschlag Kanadas, *The crisis in Ukraine*, wurde nach Absprache mit der Ukraine in *Aggression against Ukraine* abgeändert. Ein von Uruguay im Vorfeld eingebrachter Vorschlag bez. *Cyber Warfare* wurde zurückgezogen und zur Behandlung im Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit vorgeschlagen. Die Delegation der Ukraine beschloss sodann, ihren Vorschlag zugunsten von Kanadas Vorschlag zurückzuziehen. Nach div. Diskussionen und einer namentlichen Abstimmung wurde schlussendlich der Vorschlag von Marokko gutgeheissen und in die Traktandenliste aufgenommen.

Beratung: Dringliches Nachtragstraktandum

Unterstützung zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit sowie einer stabilen Demokratie in der Zentralafrikanischen Republik

Zehn Redner ergriffen während der Debatte das Wort. Sie drückten ihre grosse Besorgnis über die derzeitige humanitäre Krise in der Zentralafrikanischen Republik aus und verurteilten die entsetzliche Gewalt, die den Zivilisten, insbesondere Kindern, Älteren und Frauen, zugefügt würde. Diese Gewalttätigkeit sei beschämend und inakzeptabel und komme einer ethnischen Säuberung gleich. Die Situation sei verzweifelt und es bestehe das Risiko, dass die Gewalt auf angrenzende Länder oder sogar die ganze Region übergreife. Sie forderten die sofortige Beendigung der Gräueltaten. Die Redner beklagten zudem den Umstand, dass die Gewalt in den letzten Jahren extrem zugenommen habe. Sie wiesen weiter auf das dringende Bedürfnis und das Recht eines jeden Menschen hin, in friedlicher Koexistenz leben zu können.

Ebenfalls verurteilten sie den Umstand, dass ihrer Meinung nach zu wenig Friedenstruppen und zu spät zur Bewältigung der Krise eingesetzt wurden. Diese sollten umgehend aufgestockt werden. Die internationalen Bodentruppen müssten aber trotzdem neutral bleiben. Ein weiterer Schwerpunkt müsse dringend auf die Sicherstellung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung, wie Essen, Obdach und Sicherheit gelegt werden.

Die Afrikanische Union und die Internationale Gemeinschaft müssten entsprechende Massnahmen ergreifen. Im Moment seien erst 50% der zugesicherten finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt worden.

Einige der Konferenzteilnehmerstaaten teilen lange Grenzen mit der Zentralafrikanischen Republik. Sie betonen ihre Befürchtung, wonach der Flüchtlingsstrom auch auf die angrenzenden Staaten negative Auswirkungen habe und dass die darauffolgende Krise die ganze Region destabilisieren könne. Andere Redner meinten, dass sie nicht über die finanziellen Mittel verfügten, um den Flüchtlingen ohne internationale Unterstützung zu helfen.

Die Delegation von Marokko, die dieses Thema vorgeschlagen hat, wiederholte die vorgebrachten Bedenken und ersuchte die Parlamentarier, sich Gedanken zu machen, was sie tun könnten, um der Zentralafrikanischen Republik zu helfen, um dem Land wieder zu einer gewissen Stabilität zu verhelfen und so die Flüchtlinge rückerführen zu können. Sie forderte die Internationale Gemeinschaft inkl. die Vereinten Nationen und die Europäische Gemeinschaft dringend auf, hier entsprechende Hilfe zu leisten.

Anlässlich ihrer letzten Sitzung am 20. März übernahm die Versammlung die Resolution einvernehmlich.

4. Erster Ständiger Ausschuss – First Standing Committee

Auf dem Weg zu einer Welt ohne Nuklearwaffen: Der Beitrag der Parlamente (Podiumsdiskussion)

Der Ausschuss hielt mit Herrn S.H. Chowdhury (Bangladesch) als Vorsitzenden zwei Sitzungen zu diesem Thema ab (17. und 18. März). Am Beginn der ersten Sitzung stellten die zwei Co-Berichterstatter Frau Y. Ferrer Gómez (Cuba) und Herr B. Calkins (Kanada) den von ihnen vorbereiteten Bericht sowie den Entwurf des Beschlusses vor. Herr L. Zerbo von der CTBTO (preparatory commission for the comprehensive nuclear-test-ban treaty organization) machte daraufhin mittels einer Präsentation Ausführungen zum Thema. Im Laufe der folgenden Diskussion gaben 29 Sprecher von verschiedenen Parlamenten ihre Statements ab. Folgende Mitglieder wurden anschliessend in einen Redaktionsausschuss bestellt: Bahrain, Kanada, Cuba, Frankreich, Iran, Jordanien, Mali, Neuseeland, Pakistan, Russland, Südafrika, Venezuela und Sambia. Die beiden Co-Berichterstatter standen dem Ausschuss beratend zur Seite.

Die erarbeitete Resolution wurde am 20. März der Versammlung übermittelt und von dieser übernommen. Vorbehalte wurden gemacht von Indien, Iran, Pakistan und Russland.

5. Zweiter Ständiger Ausschuss – Second Standing Committee

Risikoresistente Entwicklung unter Berücksichtigung demographischer Trends und natürlicher Einschränkungen (Podiumsdiskussion).

Der Ausschuss startete mit seinen Beratungen am 19. März. Zum Bericht und zum Entwurf des Beschlusses, vorbereitet von den Co-Berichterstattern Herrn S.H. Chow-

dhury (Bangladesch) und Herrn P. Mahoux (Belgien), erhielt der Ausschuss 42 Änderungsanträge von Bahrain, Kanada, China, Finnland, Frankreich, Deutschland, Indien, Jordanien, Spanien, Schweden und der Schweiz sowie 5 Anträge der Arbeitsgruppe *Women Parliamentarians*. Es wurden ca. 2/3 der eingebrachten Anträge ganz oder teilweise übernommen. Der überarbeitete Beschluss wurde dann am nächsten Tag der IPU-Versammlung übermittelt und von dieser einstimmig angenommen.

6. Dritter Ständiger Ausschuss – Third Standing Committee

Die Rolle der Parlamente beim Schutz der Kinderrechte, insbesondere die Rechte unbegleiteter Migrantenkinder, sowie bei der Verhinderung ihrer Ausbeutung in Kriegen und Konflikten (Podiumsdiskussion).

Der Ausschuss nahm seine Arbeit am 18. März auf und hatte über 62 Anträge von 7 Parlamenten (Argentinien, Kanada, Finnland, Frankreich, Spanien, Schweden und Schweiz) und 6 Vorschläge der Arbeitsgruppe *Women Parliamentarians* zum Beschlussentwurf zu beraten. Im Laufe der Diskussionen wurde ein Grossteil der Änderungsanträge übernommen. Zusätzlich wurde der Titel geändert: die Worte „*in situations of war and conflict*“ wurden durch „*in situations of armed conflict*“ ersetzt.

Nach abschliessender Behandlung am 19. März wurde der Beschluss von der Berichterstatterin des Ausschusses, Frau J. Nassif (Bahrain), am 20. März der Versammlung präsentiert, welche diesen inkl. Änderung des Titels einstimmig genehmigte.

C Sitzung des Interparlamentarischen Rates

[Einleitend gilt es festzuhalten, dass an der Sitzung des Interparlamentarischen Rates eine Vielzahl verschiedenster Themen beraten wurde. Die Aufzeichnung aller dieser Themen würde den Rahmen dieses Berichtes sprengen. Nachstehend sind daher die nach Sicht der Delegation wesentlichsten Themen aufgeführt. Die weiteren Beratungsthemen können aus der beim Parlamentsdienst aufliegenden Traktandenliste entnommen werden.]

1. Mitgliedschaft bei der Interparlamentarischen Union

In seiner Sitzung am 17. März bestätigte der Rat den Antrag auf Aufnahme des Parlaments von Tonga. In seiner Sitzung vom 20. März genehmigte der Rat ein Gesuch um Erhalt des Beobachterstatus der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI).

2. Wahl des Generalsekretärs

In der Sitzung vom 20. März wurden folgende drei Kandidaten für das Amt des Generalsekretärs vorgestellt:

- Herr Martin Chungong (Kamerun)
- Frau Shazia Rafi (Pakistan)
- Herr Geert Versnick (Belgien)

Danach wurde eine geheime Wahl durchgeführt und Herr Martin Chungong als neuer Generalsekretär der IPU für 4 Jahre gewählt (1. Juli 2014 bis 30. Juni 2018).

3. Die finanzielle Lage der IPU

Dem Rat wurde ein ausführlicher Bericht zur finanziellen Lage der IPU sowie eine Liste der Ausstände per 31. Januar 2014 präsentiert. Er stellte fest, dass die finanzielle Situation der IPU nach wie vor gut ist. Der Gesamthöhe der Ausgaben des letzten Jahres belaufe sich aktuell auf ca. 97% des budgetierten Betrages. Die noch ausstehenden Forderungen würden lediglich CHF 376'0000 betragen, dies sei so wenig wie seit vielen Jahren nicht mehr. Es gebe nur noch wenige Mitglieder mit ausstehenden Jahresbeiträgen.

4. 125. Geburtstag der IPU

Das Berichtsjahr stand ganz im Zeichen des 125. Geburtstages der IPU, weshalb verschiedene Anlässe durchgeführt wurden. Der Geburtstag – der 30. Juni – wurde in Genf zelebriert, wo sich das Exekutivkomitee versammelte und gleichzeitig die Stabsübergabe an den neuen Generalsekretär überwachte. Der Rat ersuchte alle Parlamente, diesen Tag auf ihre Weise zu feiern. Es wurde zudem eine Jubiläumsbroschüre mit 10 bedeutsamen Ereignissen und Erfolgen der IPU herausgegeben und an alle Mitgliedsstaaten verschickt.

Alle verabschiedeten Resolutionen der 130. Versammlung können beim Parlamentsdienst eingesehen oder auf der Homepage der IPU unter folgender Adresse abgerufen werden:

<http://www.ipu.org/conf-e/130/results.pdf>

D 131. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) vom 12. – 16. Oktober 2014 in Genf

1. Eröffnungsfeier

Am Morgen des 13. Oktober 2014 eröffnete Herr Abdelwahad Radi die 131. Versammlung der IPU – letztmals in seiner Funktion als Präsident. In seiner Eröffnungsrede wies er u.a. nochmals auf das spezielle Jubiläumsjahr der IPU hin (125 Jahre). Ausserdem gab er das Hauptthema dieser Versammlung bekannt (Achieving gender equality, ending violence against women).

2. Teilnahme

An der Versammlung nahmen 147 Parlamentsdelegationen (inkl. 4 Nichtmitglieder als Beobachter) teil. Bei 1410 Delegierten betrug der Frauenanteil 32.1 %. Liechtenstein war durch die Landtagsvizepräsidentin Violanda Lanter-Koller (Delegationsleiterin) und den stv. Abgeordneten Helmuth Büchel (Delegationsmitglied) sowie die Delegationssekretärin Gabriele Wachter vertreten.

3. Dringliches Nachtragstraktandum (emergency item)

Folgende Vorschläge wurden für die Behandlung als dringliches Nachtragstraktandum eingereicht:

- *Commitment by the parliaments of the world to recognize the rights of the Palestinian people*, vorgeschlagen von Ecuador
- *The role of parliamentarians in fighting terrorism and building an international partnership through the United Nations and other international organizations to eradicate extremism and promote cooperation and tolerance among the world's civilizations and peoples as a basis for international peace and security*, vorgeschlagen von den Vereinigten Arabischen Emiraten
- *The role of the Inter-Parliamentary Union in addressing the terrorism and extremism of the Islamic State in Iraq and the Levant (ISIL), Al Nusrah Front (ANF) and other terrorist groups*, vorgeschlagen von Syrien
- *The role of the IPU and national parliaments in formulating and implementing national action plans to combat all forms of exploitation linked to human trafficking, in particular the trafficking of women and children*, vorgeschlagen von Marokko
- *The role of the IPU in encouraging and supporting an initiative aimed at ensuring international protection for the Palestinian people under occupation until a two-State solution is achieved, in the light of the latest Israeli military aggression on Gaza*, vorgeschlagen von Palästina
- *Commitment by the world's parliamentarians to promote a multilateral legal framework for restructuring countries' sovereign debt with a view to achieving a more stable and predictable international financial system*, vorgeschlagen von Argentinien
- *The role of parliaments in supporting implementation of UN Security Council resolution 2178 and international support to address the humanitarian disaster caused by the terrorist attacks in Iraq and Syria*, vorgeschlagen von Chile
- *The role of the Inter-Parliamentary Union in promoting the UN Charter to resolve conflicts in a just manner and counter the growing threat of terrorism*, vorgeschlagen von Iran
- *The role of parliaments in supporting an immediate and robust international response to the Ebola epidemic and in enacting laws ensuring an effective response to and preparedness for Ebola and other infectious disease outbreaks*,

vorgeschlagen von Belgien und Sambia

Noch vor der Wahl zogen die Delegationen von Marokko und Iran ihre Vorschläge zurück. Die Vereinigten Arabischen Emirate und Ecuador formulierten ihre Vorschläge wie folgt gemeinsam um:

- *The role of parliamentarians in countering terrorism, terrorist groups such as the so-called Daesh and Massive violence against civilians and in building an international partnership through the United Nations and other international organizations*

Schlussendlich wurde eine namentliche Abstimmung über die noch verbliebenen sechs Vorschläge durchgeführt. Eine zwei-drittel Mehrheit erhielt der Vorschlag von Belgien und Sambia zum Thema Ebola-Krise und wurde demzufolge in die Traktandenliste aufgenommen.

Beratung: Dringliches Nachtragstraktandum

Die Rolle der Parlamente bei der Umsetzung von sofortigen und wirksamen internationalen Massnahmen zur Bekämpfung der Ebola-Epidemie sowie die Festlegung von Richtlinien bez. Vorgehensweise bei künftigen Epidemien

Die sechzehn Redner, die zu diesem Thema das Wort ergriffen, waren sich einig, dass es sich bei der gegenwärtigen Ebola-Epidemie um eine der schlimmsten Gesundheitskatastrophen der neueren Geschichte handelt. Es habe nicht nur für die direkt betroffenen Staaten von Westafrika (Guinea, Liberia, Nigeria, Senegal und Sierra Leone) Auswirkungen, sondern auch für verschiedene Europäische Staaten und für Nordamerika. Sie betonten, dass Ebola eine weltweite Bedrohung sei und die internationale Gemeinschaft schnellstmöglich handeln und die Epidemie bekämpfen müsse.

Viele Redner wiesen wiederholt auf die Notwendigkeit einer sofortigen und koordinierten Vorgehensweise hin, um den betroffenen Ländern zu helfen, insbesondere auch jenen, die nur über begrenzte finanzielle Mittel zur Bekämpfung der Seuche verfügten. Sie machten darauf aufmerksam, dass viele der Betroffenen in ärmlichen Verhältnissen lebten und oftmals schon vor einer Behandlung sterben. Mehrere Redner unterstrichen die Notwendigkeit der Eindämmung resp. der Isolation des Ebola-Virus. Es sei ausserdem dringend notwendig, Impfstoffe und Behandlungsmethoden sowohl zur Vorbeugung als auch zur Behandlung von Ebola zu entwickeln.

Am Ende der Debatte wurde ein Ausschuss zur Ausarbeitung einer Resolution bestellt. Diese wurde am 15. Oktober von der Versammlung einstimmig genehmigt.

4. Hauptthema der Versammlung: Achieving gender equality, ending violence against women

Die Debatte wurde mit einer kurzen Videobotschaft des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Herrn Ban Ki-moon, eröffnet. Dieser gratulierte der IPU zur Themenwahl und begrüßte insbesondere auch die Diskussion zur Förderung der Frauen in der Politik. Die Diskussion während den drei Sitzungstagen gab den anwesenden Parlamentariern die Gelegenheit, grundsätzliche Fragen zu diskutieren und Erfahrungen auszutau-

schen sowie eine gemeinsame Erklärung zu verfassen, um ihre nationalen Aktivitäten bezüglich Gleichbehandlung der Geschlechter sowie die Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen langfristig zu verstärken. So ergriffen 116 Personen hierzu das Wort.

Am Nachmittag des 13. Oktober hörte die Versammlung eine Videobotschaft von Frau Emma Watson, Sonderbotschafterin der Vereinten Nationen, bez. der neu ins Leben gerufenen Kampagne „HeForShe“. Mit dieser Kampagne sollen Männer und Jungen ermutigt werden, für Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter einzustehen sowie jegliche Diskriminierung zu bekämpfen. Der IPU-Präsident A. Radi sowie der IPU-Generalsekretär M. Chungong teilten mit, dass sie die Kampagne unterstützten und ersuchten die Mitgliedsländer, dies ebenfalls zu tun.

Frau P. Mlambo-Ngcuka, Präsidentin der Vereinigung UN Women, rief die Versammlung am Morgen des 14. Oktober auf, als Vertreter aller Einwohner ihres Landes und im Namen der Humanität weiterhin bestrebt zu sein, Frauen zu fördern, den Kampf gegen Diskriminierung zu intensivieren, ein Umfeld zu schaffen, das es Frauen ermöglicht, am wirtschaftlichen und politischen Leben teil zu nehmen sowie klare und umsetzbare gesetzliche Richtlinien zu schaffen, um der Gewalt gegen Frauen entgegenzuwirken. Sie forderte die Teilnehmer auf, die Gelegenheit wahrzunehmen, jetzt für den Kampf gegen die Ungleichbehandlung der Geschlechter einzustehen. Im Anschluss an ihr Plädoyer stand sie noch für Fragen bez. der Beteiligung der IPU und der Parlamente an der UN Commission on the Status of Women zur Verfügung. Diese bezogen sich hauptsächlich auf die Förderung der Beteiligung von Frauen in der Politik und den Wert der Mediation im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt.

Abschliessend hielt Frau C. Compaoré, First Lady von Burkina Faso, einen Vortrag zum Thema Gewalt gegen Frauen. Sie richtete ihren Fokus vor allem auf die Bekämpfung der genitalen Verstümmelung bei Frauen, die ihr Recht auf Leben sowie ihre physische, psychische und körperliche Gesundheit und Integrität auf Schwerste verletze. Sie appellierte an die Teilnehmer, alles zu unternehmen, um diese Praktik zu unterbinden.

5. Erster Ständiger Ausschuss – First Standing Committee

Das Komitee hielt zwei Sitzungen ab (13. und 15. Oktober), den Vorsitz hatte die Vizepräsidentin Frau Z. Drif Bitat aus Algerien. An der ersten Sitzung wurde ein Hearing bez. die Umsetzung einer Resolution aus dem Jahre 2008 mit dem Thema *Die Rolle der Parlamente bei der Findung eines Konsenses zwischen nationaler Sicherheit, Sicherheit des Einzelnen und dem individuellen Freiraum sowie der Bedrohung der Demokratie*, die in Südafrika während der 118. IPU-Versammlung verabschiedet wurde, abgehalten. Hierzu gab es zwei Stellungnahmen der Vertreter von Island und Frankreich.

An der zweiten Sitzung fand eine Podiumsdiskussion zum Thema *Cyberkrieg – eine ernsthafte Gefahr für den Frieden und die globale Sicherheit* statt. Hierzu soll an der 132. Versammlung in Hanoi eine Resolution verabschiedet werden.

6. Zweiter Ständiger Ausschuss – Second Standing Committee

An der Sitzung vom 14. Oktober unter der Leitung von Präsident R. León aus Chile diskutierte das Komitee die Ergebnisse des Treffens mit der UN anlässlich der Klimakonferenz in Peru im Dezember. Der Berichterstatter, Herr S. Tejada Galindo aus Peru, legte den Entwurf des Berichtes zur Diskussion vor.

Am 15. Oktober fand einleitend ein Meinungs austausch zum Thema *Entwicklung eines neuen Systems zur Verwaltung von Wasser: Förderung der parlamentarischen Aktivitäten in Bezug auf Wasser* statt. Dieses Thema soll mittels einer Resolution bei der nächsten IPU-Versammlung eingebracht werden.

7. Dritter Ständiger Ausschuss – Third Standing Committee

Das Komitee hielt drei Sitzungen unter der Leitung der Präsidentin Frau F. Naderi aus Afghanistan ab (13, 15. und 16. Oktober). Am ersten Meeting wurde dem Ausschuss der Resolutionsentwurf zum Thema *International law as it relates to national sovereignty, non-intervention in the internal affairs of States and human rights* von den Co-Berichterstattern präsentiert. In der Folge ergriffen 34 Redner das Wort, 44% davon waren Frauen. Im Vorfeld hatte es 102 Änderungswünsche von 14 Parlamenten und fünf Vorschläge der Gruppierung *Meeting of Women Parliamentarians* gegeben. Das Komitee arbeitete zunächst gemeinsam, entschied sich aber dann, einen Redaktionsausschuss zu bestellen, der das Thema am 15. Oktober weiterbearbeiten sollte. Den Vorsitz dieses Gremiums hatte die Präsidentin des Ausschusses inne, weitere Mitglieder waren Vertreter der Parlamente von Algerien, Bahrain, Kanada, China, Côte d'Ivoire, Frankreich, Jordanien, Namibia, Peru, Schweiz, Thailand und Venezuela. Der Redaktionsausschuss berücksichtigte die meisten der gemachten Vorschläge, entschied sich aber, vier Paragraphen dem Komitee zur Genehmigung vorzulegen.

8. Erste IPU Global Conference of Young Parliamentarians

Am 10. und 11. Oktober fand in Genf die erste Konferenz der Young Parliamentarians statt. Es nahmen 180 junge Frauen und Männer aus 61 Ländern teil. Das Thema der Sitzung war *Taking Democracy to Task*.

E Sitzung des Interparlamentarischen Rates

1. Wahl des Präsidenten der IPU

In der Sitzung vom 16. Oktober wurde mittels geheimer Wahl der neue Präsident der IPU gewählt. Folgende drei Kandidaten stellten sich zur Verfügung:

- Frau Bronwyn Bishop, Australien
- Herr Saber H. Chowdhury, Bangladesch
- Frau Nurhayati Ali Assegaf, Indonesien

Gewählt wurde im zweiten Wahlgang Herr Saber H. Chowdhury, Bangladesch, für eine Amtsdauer von drei Jahren. Liechtenstein gab seine Stimme Frau Bronwyn Bishop aus Australien.

2. Mitgliedschaft und ständige Beobachter bei der IPU

An der Sitzung vom 13. Oktober genehmigte der Rat die Aufnahmegesuche von Madagaskar und Guinea, sodass die IPU nun 166 Mitgliedsstaaten zählt. Ebenfalls genehmigte der Rat ein Gesuch der Parlamentarischen Versammlung der Union für den Mittelmeerraum (PA-UfM) als ständiger Beobachter.

3. Die finanzielle Lage der IPU

Dem Rat liegt ein umfassender Bericht zur finanziellen Lage der IPU vor. Mit Stichtag 14. Oktober hatte kein Mitglied Zahlungsrückstände von mehr als zwei Jahresbeiträgen, es mussten daher keine Sanktionen verfügt werden. Die Höhe der noch ausstehenden Gelder bewegt sich im Rahmen der letzten Jahre. Das Budget konnte in etwa eingehalten werden.

4. Budget für das Jahr 2015

Das Budget für das Jahr 2015 liegt dem Rat vor. Das Format wurde modernisiert, und neu wurde die IPU-Strategie 2012 – 2017 integriert. Hinsichtlich der schlechten wirtschaftlichen Lage, in der sich viele Länder derzeit befinden, wurde das Budget um 3.4% gekürzt. Um zu verhindern, dass gewisse Programme und Aktivitäten der IPU gestrichen werden müssen, sei man umso mehr auf freiwillige Zuwendungen angewiesen. Budgetiert seien hierfür CHF 3.5 Mio, dies seien mehr als 22% des Gesamtbudgets. Die Mitgliedsstaaten wurden aufgefordert, Anstrengungen zu unternehmen, um weitere finanzielle Mittel für die Aktivitäten der IPU aufzutreiben. Der Rat genehmigte schlussendlich das vorliegende Budget für das Jahr 2015 in der Höhe von CHF 15'488'600.

Alle verabschiedeten Resolutionen der 131. Versammlung können beim Parlamentsdienst eingesehen oder auf der Homepage der IPU unter folgender Adresse abgerufen werden:

<http://www.ipu.org/conf-e/131/results.pdf>

F Schlusswort

Im Rahmen der Teilnahme an der Herbstsitzung in Genf besucht die Delegation jeweils auf Einladung auch die liechtensteinische Mission. Sie wird immer herzlich empfangen und erhält dort aktuelle Informationen über die laufenden Verhandlungen und die neuesten aktuellen Ergebnisse.

Ich möchte noch darauf hinweisen, dass nebst den zwei Hauptversammlungen während des ganzen Jahres zahlreiche Sonderkonferenzen wie z.B. „Women in Parliament“ oder „Global Conference of Young Parliamentarians“ stattfanden. Aufgrund der knap-

pen Personal- und Finanzressourcen unseres Parlaments ist eine Abdeckung all dieser Veranstaltungen jedoch nicht möglich.

Es ist mir ein Anliegen, mich beim Delegationskollegen Helmuth Büchel und der Delegationssekretärin Gabriele Wachter für die angenehme und gute Zusammenarbeit zu bedanken.

Die Delegationsleiterin

Violanda Lanter-Koller

Vaduz, 4. März 2015